

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- Analysefragen unter Verwendung von Fachkategorien strukturiert bearbeiten (A3)
- den grundlegenden Problemgehalt oder die fundamentale Konfliktstruktur differenziert beschreiben (A5)

Urteilskompetenz

- mögliche Folgen unterschiedlicher Lösungsansätze abschätzen (U2)
- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung der Aufgabe nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Die Aufgabe bezieht sich auf das Themenfeld *Verfassung und Verfassungswirklichkeit: Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonflikte* (Q1.1), insbesondere auf das Stichwort *Parlament, Länderkammer, Bundesregierung und Europäische Institutionen im Gesetzgebungsprozess (insbesondere Spannungsfeld Exekutive – Legislative)*.

Der inhaltlich kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Konjunkturpolitik – Herausforderungen prozessorientierter Wirtschaftspolitik* (Q2.1), insbesondere auf das Stichwort *Grundlagen der keynesianischen stabilisierungspolitischen Konzeption (insbesondere Krisenanalyse, Bedeutung der effektiven Gesamtnachfrage, Rolle des Staates, Multiplikatoreffekt)*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: In dem Kommentar „Die Rolle der Verfassung in der Krise“ von Thorsten Kingreen, erschienen auf faz.net am 24.02.2021, kritisiert der Autor die politische Entscheidungsfindung während der Corona-Pandemie.

- Thorsten Kingreen konstatiert, dass Politiker zunächst verantwortlich dafür waren, eine zivilisatorische Katastrophe mit vielen Toten ähnlich wie in Norditalien zu verhindern.
- Die ersten Verordnungen hätten Versammlungen und Gottesdienste bis zu dem Zeitpunkt verboten, als das Bundesverfassungsgericht eingegriffen habe. Seitdem gebe es nach wie vor methodische Probleme und Defizite bei der Abwägung von Entscheidungen.
- Es werde nicht mehr von der Freiheit, sondern von Privilegien und Lockerungen gesprochen. Auch Gerichte würden im Zweifelsfall zu Gunsten von Beschränkungen entscheiden.
- Das Virus gelte als gesellschaftswissenschaftlicher Tatbestand, der Grundrechtseingriffe erfordere, dabei soll sich nach Meinung des Autors aber nicht nur auf epidemiologische Modellrechnungen gestützt werden.

- Nach Kingreen seien Beschränkungen teilweise so absurd und unpraktikabel, dass Gerichte sie aufheben.
- Eine große Debatte drehe sich um die Position des Parlaments während der Pandemie: Eine zunächst fehlende Ermächtigungsgrundlage für Ausgangs-/Kontakt- und Gewerbebeschränkungen sei schließlich geschaffen worden. Diese regle die Anforderungen an Schutzkonzepte durch die Länder, die in Sitzungen von Ministerpräsidenten und Bundeskanzleramt immer wieder konkretisiert werden müssten.
- Somit treffe die Exekutive die wesentlichen Entscheidungen über Grundrechtseingriffe. Dies stelle eine absurde Umkehrung des Parlamentsvorbehalts dar. Die Opposition bleibe außen vor, die Landesparlamente könnten nur noch ihre Zustimmung zu dem geben, was zuvor entschieden worden sei.
- Eine Lösung dieser Situation sieht Kingreen darin, dass Eindämmungsverordnungen an konkrete Zielmarken geknüpft werden, wodurch keine langwierigen Sitzungen mehr zwischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzleramt nötig seien.
- Der Bundestag schwäche sich auch dadurch, dass er es dem Bundesministerium für Gesundheit erlaube, durch Rechtsverordnungen von seinen eigenen Parlamentsgesetzen abzuweichen.
- Ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren würde durch ein exekutives Durchentscheiden unterbunden werden.

Aufgabe 2

Zur Rolle der Regierung in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland können folgende Erläuterungen erfolgen:

- Die Bundesregierung als Exekutive leitet, lenkt und beaufsichtigt die Politik nach innen und außen.
- Zur Regierung gehören die Personen, die die politischen und staatlichen Geschäfte in einem Staat steuern, also der Bundeskanzler und die Bundesministerinnen und Bundesminister. Nach dem Kanzlerprinzip bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung gegenüber dem Parlament. Die Fachministerinnen und Fachminister sind verantwortlich für verschiedene Aufgabenbereiche wie zum Beispiel Finanzen, Landwirtschaft oder Bildung.
- Das Kabinett (Bundeskanzler und Ministerinnen bzw. Minister) trifft sich regelmäßig, berät über die Politik des Staates und beschließt Entwürfe für den Bundeshaushalt sowie Gesetzesvorlagen.
- In Deutschland sind die Regierungen des Bundes und der Länder Teil der Exekutive, die Gesetze ausführt und umsetzt.
- Die Regierung besitzt ein Initiativrecht und darf Vorschläge für neue Gesetze einbringen.

Zur Rolle der Opposition in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland können folgende Erläuterungen erfolgen:

- Die Opposition setzt sich zusammen aus Abgeordneten, die nicht zu den Fraktionen der regierenden Koalition gehören.
- Die Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie, denn sie kritisiert und kontrolliert die Regierung sowie die Regierungsmehrheit im Parlament, z.B. in Parlamentsdebatten sowie kleinen und großen Anhörungen.
- Außerdem entwickelt sie politische Alternativen und vertritt Interessen der zur politischen Minderheit gehörenden Bevölkerungsteile.
- Die Opposition kann zeigen, dass sie andere, aus ihrer Sicht bessere politische Lösungen hat und einen Gegenvorschlag für ein Gesetz machen.
- Die Oppositionsparteien stellen personelle Alternativen zur Verfügung.
- Die Opposition hat die Aufgabe, ihre Position im Parlament zu äußern. So hören die Regierung und die Bürger andere Sichtweisen zu politischen Fragestellungen.
- Auch außerhalb des Parlaments kann es eine Opposition geben. Diese bezeichnet man als außerparlamentarische Opposition. Dabei handelt es sich um Gegner der Regierung oder um Gruppen, die ihre Position außerhalb der Parlamente vertreten und teilweise der Meinung sind, dass ihre Ideen nicht oder nicht ausreichend im Parlament vertreten sind.
- Eine starke Opposition und die Möglichkeit, dass diese auf demokratischem Weg an die Regierung gelangen kann, sind für die Demokratie wichtig.

Aufgabe 3

Die Aussage des Autors kann auf die Rolle der Regierung während der Corona-Pandemie bezogen werden.

Folgende Aspekte des ordentlichen Gesetzgebungsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland können erklärt werden:

- In der Bundesrepublik Deutschland spielt die Regierung die dominante Rolle in der Gesetzgebung: Die meisten Gesetzentwürfe werden von der Regierung oder von den Koalitionsfraktionen eingebracht.
- Zunächst wird der Gesetzentwurf in der fachlich spezialisierten Ministerialbürokratie bearbeitet und als erster Entwurf im Kabinett beraten und beschlossen.
- Der Bundesrat wird um eine erste Stellungnahme zum Gesetzentwurf gebeten. Mit einer Gegenüberung der Regierung wird diese beim Bundestag eingebracht. Damit ist das Parlament bereits über mögliche Kritikpunkte der Länderkammer informiert, die unter Umständen zu Einsprüchen oder gar zu einer endgültigen Ablehnung der Gesetzesinitiative führen können.
- Ein Gesetzentwurf wird an alle Bundestagsabgeordneten verteilt, die Fraktionen befassen sich erneut damit, eine erste Meinungsbildung erfolgt und im Ältestenrat wird sich über den weiteren zeitlichen und organisatorischen Ablauf geeinigt. Formlich wird dieses Verfahren in der sogenannten Ersten Lesung des Gesetzes vom Plenum des Bundestages beschlossen. Diese Lesung soll demokratische Transparenz herstellen.
- Im Bundestag erfolgt die weitere Bearbeitung des Gesetzentwurfs in den Fraktionen und Ausschüssen.
- Die Abgeordneten können im Laufe der Ausschussarbeit von der Möglichkeit Gebrauch machen, in öffentlichen Anhörungen externen Sachverstand einzuholen und die Positionen von Interessengruppen und Betroffenen in Erfahrung zu bringen.
- Nach dieser Arbeit erfolgt der Bericht an das Plenum. Dieser Bericht bildet die Grundlage für die Zweite Lesung im Plenum des Bundestages. Hier erfolgt nun eine politisch-inhaltliche Debatte zwischen Regierungsmehrheit und Opposition.
- Jede bzw. jeder Abgeordnete hat in der Zweiten Lesung das Recht, Änderungsanträge einzubringen.
- Nach der Zweiten Lesung erfolgt die Dritte Lesung, die Schlussabstimmung. Hierbei ermittelt der Bundestagspräsident die Ja- und Nein-Stimmen sowie die Enthaltungen.
- Betreffen Gesetze die Belange der Bundesländer (Zustimmungsgesetze), so ist die Zustimmung des Bundesrates zwingend erforderlich. Es besteht in einem solchen Fall die Möglichkeit, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.
- In allen anderen Fällen hat der Bundesrat die Möglichkeit, Einspruch einzulegen (Einspruchsgesetze). Der Bundesrat kann aber vom Bundestag überstimmt werden.
- Das Gesetz wird schließlich durch den Bundeskanzler oder die zuständigen Bundesministerinnen und Bundesminister unterzeichnet, die Ausfertigung erfolgt durch den Bundespräsidenten und es kommt zur Verkündung im Bundesgesetzblatt.

Aufgabe 4

In der Karikatur von Heiko Sakurai aus dem Jahr 2020 wird Kritik an der staatlichen Schuldenlast geübt. Diese wurde auch durch die Corona-Konjunkturpakete der Bundesregierung verursacht, mit denen Wirtschaft, Kommunen und Familien, die schwer von der Krise getroffen wurden, finanziell entlastet werden sollten. Konjunkturprogramme belasteten vor allem die junge Generation, was schließlich vom Karikaturisten zum Ausdruck gebracht wird.

Risiken von Konjunkturprogrammen als wirtschaftspolitisches Instrument zur Bewältigung einer Wirtschaftskrise sind z.B.:

- Unkalkulierbare Wirkungsverzögerungen: Zwischen wirtschaftspolitischen Entscheidungen und ihren Wirkungen können erhebliche Verzögerungen liegen. Gründe dafür sind zeitraubende politische Entscheidungsprozesse und der Umstand, dass getroffene Maßnahmen nicht sofort greifen, mit der Folge, dass antizyklische Maßnahmen sich prozyklisch auswirken können.

- Der Anteil des Staates am BIP steigt deutlich mit der Folge einer steigenden Steuer- und Abgabenlast. Letztlich führen die kreditfinanzierten Beschäftigungsprogramme in Deutschland zu einer ansteigenden Staatsverschuldung, die die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates zunehmend einschränken kann und v.a. die jüngere Generation belastet, da diese die Schulden zurückzahlen muss.
- Diese antizyklische Wirtschaftspolitik, die während der Corona-Krise durchgeführt wurde, birgt stets die Gefahr der Destabilisierung in sich. Die fallweisen Eingriffe vom Staat und der Zentralbank führen zur Verunsicherung der Wirtschaftsakteure. Investoren und Konsumenten wissen nicht, wann und wie die staatlichen Autoritäten entscheiden.

Der Nutzen von Konjunkturprogrammen als wirtschaftspolitisches Instrument zur Bewältigung einer Wirtschaftskrise ist z.B.:

- Bei der Steuerung der Konjunktur kommt dem Staat eine wichtige Bedeutung zu. Ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wegen fehlender privater Nachfrage zu gering, kann der Staat die fehlende Nachfrage der privaten Haushalte durch die Erhöhung seiner Staatsausgaben ausgleichen. Deshalb können z.B. staatliche Beschäftigungsprogramme aufgelegt werden, um zusätzliche Nachfrage zu schaffen.
- Über die Initialzündung höherer Staatsinvestitionen wird ein positiver, sich selbst verstärkender Wirtschaftsprozess in Gang gesetzt (Multiplikatoreffekt). Wenn der Staat seine Ausgaben antizyklisch zum Konjunkturverlauf gestaltet, kann sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen.
- Für die Bevölkerung ist es beruhigend, dass dem Staat ein Instrumentenkasten zur Verfügung steht, der es ihm erlaubt, bei krisenhaften Entwicklungen gegenzusteuern.
- Beispielsweise soll die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes während der Corona-Pandemie für stabile Konsumausgaben bei den privaten Haushalten sorgen. Die Umsatzsteuersenkung für Gastronomen soll die von der Pandemie gebeutelte Gastronomie entlasten.

Die Diskussion soll zu einer eigenen begründeten Bewertung führen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Bei der Bewertung und Beurteilung der Übersetzungsleistung in den Fächern Latein und Altgriechisch sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 14 OAVO in Verbindung mit Anlage 9c anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO sowie Anlage 9c zu § 9 Abs. 14 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Für die Bewertung in den modernen Fremdsprachen ist der „Erlass zur Bewertung und Beurteilung von schriftlichen Arbeiten in allen Grund- und Leistungskursen der neu beginnenden und fortgeführten modernen Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe, dem beruflichen Gymnasium, dem Abendgymnasium und dem Hessenkolleg“ vom 7. August 2020 (ABl. S. 519) zugrunde zu legen. Demnach erfolgt die Bewertung und Beurteilung mit der Maßgabe, dass lediglich bei der Ermittlung des Prüfungsergebnisses (Note) aus Prüfungsteil 1 und 2 gerundet wird.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Grundzügen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die Rolle von Regierung und Opposition in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland ansatzweise erläutert wird,

Aufgabe 3

- anknüpfend an die Aussage der ordentliche Gesetzgebungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland ansatzweise erklärt wird,

Aufgabe 4

- unter Berücksichtigung der Aussage der Karikatur der Nutzen und die Risiken von Konjunkturpaketen als wirtschaftspolitisches Instrument zur Bewältigung einer Wirtschaftskrise ansatzweise diskutiert werden.

Eine Leistung ist mit **„gut“ (11 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text verständlich und strukturiert zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die Rolle von Regierung und Opposition in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland differenziert und ausführlich erläutert wird,

Aufgabe 3

- anknüpfend an die Aussage der ordentliche Gesetzgebungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland differenziert erklärt wird,

Aufgabe 4

- unter Berücksichtigung der Aussage der Karikatur der Nutzen und die Risiken von Konjunkturpaketen als wirtschaftspolitisches Instrument zur Bewältigung einer Wirtschaftskrise differenziert diskutiert werden.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	25			25
2	5	20		25
3		20	5	25
4		5	20	25
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.